

C•A•PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P)

Forschungsgruppe Deutschland
Forschungsgruppe Europa
Forschungsgruppe Jugend und Europa
Forschungsgruppe Zukunftsfragen
Akademie Führung & Kompetenz

Südostasien im Brennpunkt der internationalen Beziehungen

Zweiter Global Policy Council über die Region der Zukunft

Wann wird Asien als die Region der Zukunft die Weltordnung nachhaltig prägen? Und wie positioniert sich die EU hinsichtlich dieser Entwicklung? Diese Fragen bestimmten den Zweiten Global Policy Council (GPC), der im Berliner Bertelsmann Haus unter der Leitung von C•A•P-



30 hochrangige Experten aus mehr als zehn Ländern diskutierten beim zweiten Global Policy Council Zukunftsszenarien internationaler Beziehungen im Hinblick auf den südasiatischen Raum und die Auswirkung auf die Europäische Union.

Direktor Prof. Dr. Werner Weidenfeld stattfand. Der Council ist zentraler Bestandteil des Projekts „Europas weltpolitische Mitverantwortung“, welches das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung bis 2008 durchführt. Ziel des Councils ist es gewesen, hochrangige Experten aus verschiedenen Teilen der Welt zu einem offenen Gedankenaustausch zusammenzubringen.

Zu den rund 30 Mitwirkenden des Global Policy Councils aus mehr als zehn Ländern gehörten der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO, General James Jones, Mark Leonard, der den von George Soros gerade neugegründeten European Council on Foreign Relations leitet, die ehemaligen Außenminister von Bulgarien und Mexiko, Prof. Dr. Jorge Castaneda und Dr. Solomon Passy, die langjährigen außenpolitischen Berater der japanischen Regierung, Hitoshi Tanaka und Yukio Okamoto, der Publizist und ehemalige Herausgeber des Economist, Bill Emmott, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Prof. Dr. Norbert Walter, sowie die Direktoren der führenden Think Tanks für globale Strategiefragen in China, Prof. Xia Liping und Prof. Dr. Yan Xuetong. Indien war mit dem Präsidenten der einflussreichen Strategic Foresight Group, Sundeep Waslekar vertreten.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Beziehungsgeflechte zwischen China, Indien, Japan und den USA als den maßgeblichen Akteuren der nächsten Jahre. Ein struktureller Wandel in der Verteilung von Macht

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C•A•Prolog

Europa: Aufbruch in eine neue Ära 2

C•A•Personalia

Gäste und Gespräche am C•A•P 4/5

C•A•Programm

Position: Die deutsche Sicherheitsdebatte 6
Zehn Jahre Kooperation mit China 7
Neue Ideen der Venusberg-Gruppe 7
Position: Der US-Präsidentenwahlkampf 8
Editors' Roundtable 9
SommerAkademie Europa 10
Position: Der Vertrag von Lissabon 11
Bildung als Schlüsselfaktor für Integration 12
Telemedizin in Israel 13

C•A•Publikationen

Neuerscheinungen 14/15

C•A•Postskriptum

Rechtsextremismus on the spot 16

C•A•Planung 16

Aufbruch in eine neue Ära

Mit dem Scheitern der europäischen Verfassung hatte ein Infarkt den europäischen Betrieb wie ein Blitz getroffen, den die deutsche Ratspräsidentschaft nur mit einer großen Kraftanstrengung zu reanimieren wusste. Der Reformvertrag als politischer Bypass blitzte am Ende des Tunnels als Lösung auf und damit ein Funke Hoffnung, dass das Herz der europäischen Integration weiter schlägt.

Was auf den ersten Blick so dramatisch klingt, hat seine Geschichte. Unbekannt sind grandioses Scheitern und neuer Aufbruch für Europa nicht. Dabei war die Europapolitik nicht nur an den politischen Willen, sondern immer auch an die Qualität strategischen Denkens gebunden. Dies zeichnet die über zwei Jahrzehnte kontinuierlich betriebene Europaarbeit des C·A·P in besonderem Maße aus. Sie gilt es vor diesem Hintergrund wieder zu mobilisieren. Hier realisiert das C·A·P gewachsene Wettbewerbsvorteile. Was Ende der 80er Jahre vor dem Hintergrund des Genscher-Colombo-Plans oder der Einheitlichen Europäischen Akte mit dem ersten Band einer Grundlagenreihe „Europäische Defizite, europäische Perspektiven – eine Bestandsaufnahme für morgen“ vom Centrum europapolitisch fast pubertär auf den Weg gebracht wurde, entwickelte sich im Laufe der Jahre dann zu einem der kraftvollsten und faszinierendsten Europaarbeiten in Deutschland und darüber hinaus – eine umfassende Europaarbeit, die alle Politikfelder und Problematiken der EU mit Blick nach innen wie nach außen strategisch aufgegriffen hat.

Mit weit über 250 Monographien, Readern oder Strategiepapieren griffen die Wissenschaftler die Kernfragen der europäischen Integration zeitnah und im Kontext lösungsorientierter Reflexionen auf. So entstanden im Zeitverlauf das Instrument der differenzierten Integration oder das Konzept einer kohärenten Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Fragen der institutionellen Weiterentwicklung der EU nach der Osterweiterung standen dabei im Fokus des Interesses, genauso wie die Erweiterung selbst. Das Vertragswerk der EU von Maastricht über Amsterdam und Nizza bis hin zur Europäischen Verfassung wurde jedes Mal auf Stärken und Schwächen überprüft. Gerade jetzt steht der Reformvertrag auf dem Prüfstand des C·A·P. Bereits Anfang der 90er Jahre entstand – politisch ungewöhnlich für die damalige Zeit – am Centrum ein europäisches Einwanderungskonzept, das seiner Zeit weit voraus war.

Flankiert wurde die Arbeit von Anfang an durch die Herausgabe von Grundlagenwerken wie das Jahrbuch der europäischen Integration, das Taschenbuch Europa von A - Z oder das EU-Hand-

buch. Seit Mitte der 90er Jahre spielte das Internet eine immer weiter zunehmende Rolle: Mit zuletzt ca. 30.000 Besuchen im Monat erzielte das C·A·P auf der Münchner Homepage eine herausragende Resonanz. In einem Quartal kamen über 100 europapolitisch relevante Termine und Interviews der beteiligten Wissenschaftler zusammen. Der Kontakt zur ‚Szene‘ war stimmig und genau. Das alles zeigt ein beeindruckendes Kaleidoskop der Europaforschung in den letzten 20 Jahren auf.

Dies alles beflügelt den Ehrgeiz des C·A·P, seine Europa-Kompetenzen auch auf neuen Wegen und mit weiteren Partnern in gleicher Weise und mit gleichem Glanz zu entfalten. Die Baustelle Europa bleibt bestehen und die drängende Frage nach der weltpolitischen Rolle des alten Kontinents fordert erneut zum innovativen strategischen Nachdenken über eine neue Ära in Europa auf. Dazu laden wir auch Sie in Zukunft herzlich ein.



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C·A·P

„Die Baustelle Europa bleibt bestehen und fordert zum innovativen Nachdenken auf.“

Jürgen Turek

Fortsetzung von Seite 1

wurde aus einer asiatischen Innenposition als mitentscheidendes Momentum der politischen Veränderungen in Asien gesehen. Die Frage dabei sei, ob diese Strukturentwicklung friedlich und kooperativ vonstatten geht oder nicht. Eine Reihe von völlig offenen Konstellationen spielen eine entscheidende Rolle. Hierbei sind die strategischen Optionen oftmals historisch belastet oder militärisch asymmetrisch. Die entscheidende Frage ist also, inwieweit die Schlüsselakteure USA, China, Indien und Japan ein belastbares Netzwerk des Miteinanders kreieren können.

Der Council zeigte mit Blick auf Europa dabei auf: China und Indien werden als neue Weltmächte in Konkurrenz zu den USA gehandelt oder sehen sich selbst so. Herausragend ist dabei China. Japan spielt in diesem Spiel auf hohem Niveau mit; Nordkorea und Taiwan sind problematische Komponenten. Hinzu kommt angrenzend an die Region Russland, das wieder strategische Weltmachtqualitäten auszubilden beginnt. Europa und die EU werden als beispielhaft in der Befriedung der eigenen Verhältnisse im Rahmen der europäischen Integration gesehen – nicht aber als kraftvolle oder zukünftige Weltmacht.



Regierungsberater Yukio Okamoto, Prof. Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Dr. Richard J. Samuels, Direktor des Center for International Studies (Bild links, v.l.). Egon Bahr, Wegbereiter der sozialdemokratischen Entspannungspolitik, Prof. Shlomo Avineri, ehem. Chef des Europa Instituts der Hebräischen Universität, Prof. Karl Kaiser von der Harvard University und Chinas Ex-Botschafter Mei Zharong (Bild rechts, v.l.).



General James Jones (Bild links). Shlomo Avineri, C•A•P-Direktor Prof. Dr. Werner Weidenfeld und Dr. Al Sadig Al Mahdi, ehemaliger Premierminister der Republik Sudan (Bild Mitte, v.l.). „Dinner Speech“ mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (Bild rechts).

Europa muss also reflektieren, wie es nicht nur seine eigenen Schwächen, sondern auch Kapazitäten und Möglichkeiten interpretiert, um in der weltpolitischen Entwicklung nicht marginalisiert zu werden. Gerade weil dadurch Europas vitale Interessen wie etwa politische Gestaltungsfähigkeit oder Energiesicherheit berührt sind. Europa steckt aber nicht nur in prekären Abhängigkeiten im internationalen Umfeld, sondern verfügt auch über große Potentiale, um über Innovationen und Kooperation in Zukunft trotz demographischer Verschiebungen Prosperität und Sicherheit zu generieren. Die Möglichkeiten bestehen. Dies muss eine wichtige Zukunftsdebatte in Europa sein.

Weitere Informationen im Internet unter www.cap-lmu.de/aktuell/events/2007/global-policy-council.php.

Gäste und Gespräche am C•A•P



Im Rahmen der SommerAkademie Europa des C•A•P diskutierten junge Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Journalismus zentrale Themen der Europapolitik unter anderem mit dem Philosophen Peter Sloterdijk (li.) und Werner Weidenfeld (Bericht S. 10).



Christian Schmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung, diskutierte am C•A•P die Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheits- und Krisenreaktionspolitik.



Summer Academy: 14 Studierende aus zehn Ländern vertieften im Rahmen eines „International European Studies Course“ am C•A•P ihre Kenntnisse über die EU.



Prof. Amal Jamal von der Universität Tel Aviv (li.) präsentierte bei seinem Besuch am C•A•P eine spannende sozio-psychologische Analyse des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern.



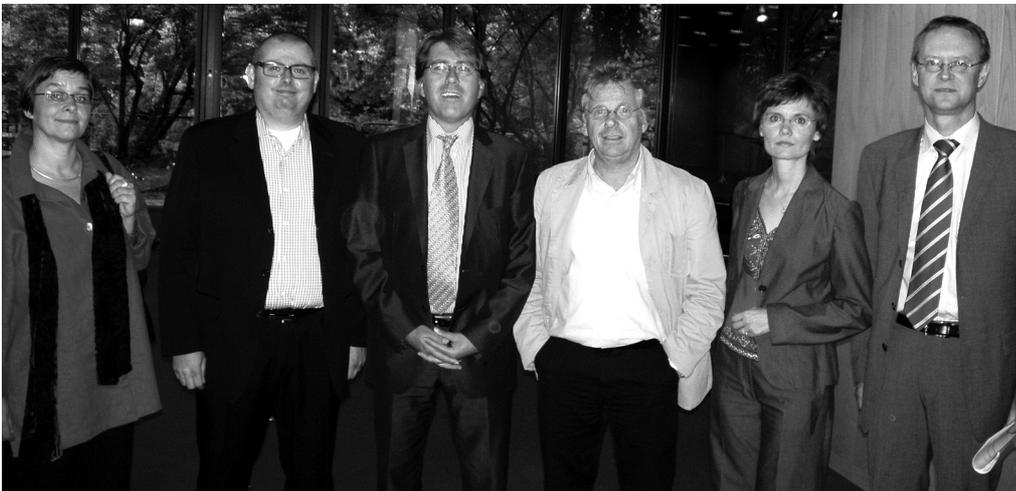
Antrittsbesuch: Der neue britische Botschafter Sir Michael Arthur (Mitte) zusammen mit C•A•P-Geschäftsführer Jürgen Turek (li.) und Werner Weidenfeld.



Prof. Hüseyin Bağcı von der Middle East Technical University in Ankara diskutierte am C•A•P über das europapolitische Selbstverständnis und die geostrategische Rolle der Türkei.



Prof. Dr. Friedrich L. Sell (li.), Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität der Bundeswehr in München, sprach über die Herausforderungen europäischer Wirtschaftspolitik.



Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Vision und Wirklichkeit - die Zukunft Europas“, erläuterte Daniel Cohn-Bendit (3. v. r.), Publizist und Co-Vorsitzender der Fraktion der Grünen im Europaparlament den EU-Reformprozess. Diese Veranstaltungsreihe organisierte das C•A•P gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München und der Offenen Akademie der Münchner Volkshochschule.

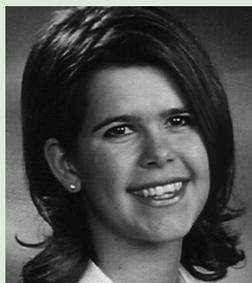
C•A•P intern

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld wurde wie schon 1996 von seinen politikwissenschaftlichen Kollegen zur Nummer Eins der Politikberatung gewählt. Etwa alle zehn Jahre evaluiert der Fachverband der deutschen Politikwissenschaftler, die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), die Qualität der Politikwissenschaft in Deutschland. Weiter wurde Werner Weidenfeld durch den Vorsitzenden der Freisinger Bischofskonferenz, den Apostolischen Administrator des Erzbistums München und Freising, Friedrich Kardinal Wetter, erneut für fünf Jahre in den Wissenschaftlichen Beirat der Katholischen Akademie in Bayern berufen.

Personalwechsel: Nachhaltig verstärkte sich das Expertenteam am Centrum für angewandte Politikforschung. **Matthias Chardon** (Bild rechts) kam aus Tübingen, dort war er nach seiner Tätigkeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen für das administrative und finanzielle Management für ein von der EU

gefördertes integriertes Projekt zuständig. **Florian Baumann** (li.) und **Simone Weske** sind seit ihrer Studienzeit am Centrum für angewandte Politikforschung tätig.

Simone Weske wurde im Rahmen ihres deutsch-französisch angelegten Dissertationsvorhaben als Laureatin des Preises Aguirre-Basualdo der „Chancellerie des Universites de Paris“ ausgezeichnet.



Im strategiefreien Raum

von Thomas Bauer

Das Jahr 2007 könnte als Jahr der verpassten Chancen für die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland bezeichnet werden. Mit der Verlängerung der beiden Bundeswehr-Mandate für die UNIFIL-Operation vor der libanesischen Küste und die NATO-Operation ISAF in Afghanistan konnte eine gewisse Kontinuität des deutschen Engagements im Rahmen internationaler Krisenmanagement-Operationen erreicht werden. Doch die angekündigte breite sicherheitspolitische Debatte blieb aus. Zudem findet das Engagement weiterhin im strategiefreien Raum statt.



Auf der Suche nach einer deutschen Sicherheitsstrategie: Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (li.) und Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Besuch beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam.

Foto: Rat der Europäischen Union

Die Anschläge auf Angehörige der Bundeswehr und auf deutsche Polizeikräfte in Afghanistan, die Entführung deutscher Wiederaufbauhelfer im Irak und am Hindukusch, sowie der Versuch der Bundestagsfraktion „Die Linke“ durch eine Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht die Entsendung deutscher Aufklärungsflugzeuge im Rahmen der ISAF zu verhindern, haben zentrale Fragen aufgeworfen: Unter welchen Umständen beteiligt sich Deutschland mit zivilen oder militärischen Kräften an solchen Operationen? Welche strategischen Interessen werden damit verfolgt? Unter welchen Rahmenbedingungen kann man mit einem Abzug deutscher Truppen rechnen?

Eigentlich wäre es Aufgabe einer zentralen Sicherheitsstrategie, Antworten auf diese Fragen zu liefern, doch eine solche besitzt Deutschland noch immer nicht. Das Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr ist lediglich eine Bestandsaufnahme des Transformationsprozesses weg von der Landesverteidigung und hin zur Krisenprävention und Friedenssicherung. Harte strategische Interessen bzw. Konzeptionen zu deren Umsetzung finden sich dort nicht. Auch das neue Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, das einen Monat vor der Entscheidung über die Verlängerung der ISAF-Mandate im Bundestag vorgelegt wurde, enthält mehr Absichtserklärungen als Hinweise auf eine strategische Grundlinie. Wie das Konzert aus militärischem Vorgehen gegen die Taliban und dem gleichzeitigen zivilen Wiederaufbau langfristig gelingen soll, bleibt weiterhin diffus.

Dies erweist sich nicht nur als wenig hilfreich für die Schaffung einer breiteren öffentlichen Unterstützung, sondern ist auch aus ver-

fassungsrechtlicher Sicht problematisch. Denn auch wenn das Bundesverfassungsgericht im Juli dieses Jahres die Verfassungsmäßigkeit des Afghanistan-Einsatzes bestätigt hat, blieb die angekündigte sicherheitspolitische Debatte außerhalb der Expertenzirkel aus. Der Verweis auf die NATO-Allianz und die Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft in einem System kollektiver Sicherheit wie den Vereinten Nationen ergeben, dürfte auf lange Sicht nicht als Legitimationsgrundlage ausreichen.

In Zeiten komplexer und sich ständig verändernder internationaler Beziehungen benötigen Bürger und Politik eine klare und auf Interessen ausgerichtete Definition einer Strategie zur Umsetzung des eigenen gestalterischen Potentials. Gestaltungsmacht zu besitzen und diese anzuwenden bedeutet, die Konsequenzen der Umverteilung von Ressourcen, Kapazitäten und Fähigkeiten im Zeitalter der Globalisierung analysieren und handhaben zu können. Ein klarer politischer Wille, diese Gestaltungsmacht im Rahmen multilateraler Systeme gegenseitiger Abhängigkeiten auch unter schwierigen Bedingungen einzubringen, ist unersetzlich.

„Ein klarer politischer Wille, die eigene Gestaltungsmacht international einzubringen, ist unersetzlich.“

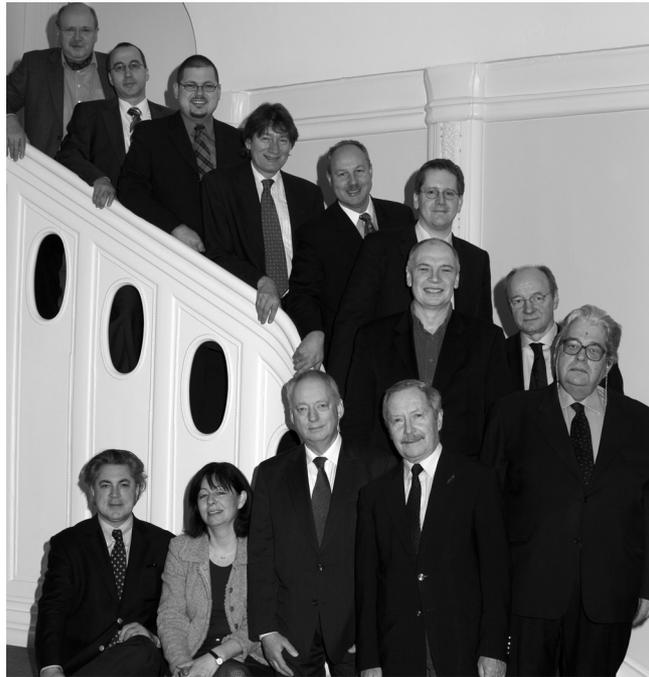


Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am C•A•P und für die Bereiche Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuständig.

thomas.bauer@lrz.uni-muenchen.de

Neue Ideen der Venusberg-Gruppe

Mit Vorschlägen für ein Projekt europäischer Sicherheit, das auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff aufbaut, hat die unter dem Namen „Venusberg-Gruppe“ arbeitende internationale Expertenrunde ihren aktuellen Bericht vorgestellt. Unter der Überschrift „Beyond 2010 – European Grand Strategy in a Global Age“ analysierte die Gruppe, dass die EU aufgrund ihres Potentials bereits die Rolle eines globalen politischen Akteurs einnimmt. Globale Macht ziehe aber weltweite Verantwortung nach sich und erfordere europäisches Engagement für die Sicherheit der Welt, also nicht nur in und um Europa. Die Venusberg-Gruppe geht davon aus, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre kollektive Fähigkeit zu politischem, diplomatischem und zuweilen auch militärischem Handeln in sehr hohem Maß ausbauen müssen. Durch eine kosteneffektive und strategische Verbindung zwischen Sicherheit und Verteidigung wie auch zivilen und militärischen Mitteln und Vorhaben soll die EU ihrer Rolle als globaler Sicherheitsakteur gerecht werden. Das transatlantische Verhältnis wird für absehbare Zeit der Eckpfeiler für die Sicherheit Europas bleiben. Darüber hinaus müssen die Europäer jedoch weitere strategische Partnerschaften suchen, um globale Stabilität zu gewährleisten, auf die sich wiederum ihre eigene Sicherheit stützt.



Europa muss sicherheitspolitisch mehr tun, fordert die international besetzte Venusberg-Gruppe.

Zehn Jahre Kooperation mit Peking

Das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) und das Centre for European Studies an der Renmin Universität in Peking können das zehnjährige Bestehen ihrer erfolgreichen Forschungskooperation feiern. Aktuell leiten die beiden Institute gemeinsam ein von der EU-Kommission im Rahmen des „EU-China European Studies Centres Programme“ gefördertes Forschungsprojekt, das sich mit den politischen und ökonomischen Konsequenzen der EU-Erweiterung befasst. Die Ergebnisse der zweijährigen Forschungsarbeit flossen in zahlreiche Publikationen ein, die in einer eigens kreierten Reihe auf der Homepage des C•A•P veröffentlicht wurden (www.cap-lmu.de/publikationen/european-studies.php). Außerdem absolvierten mehrere chinesische Doktoranden und Gastwissenschaftler im Rahmen des Projektes Forschungsaufenthalte am C•A•P. Unter dem Titel „The Impact of EU Enlargement on the European Integration and the Global Political Economy“ fand im Rahmen des gleichnamigen Projekts die abschließende Konferenz in München statt. Rund 30 europäische und chinesische EU-Experten kamen zu diesem Anlass zusammen und diskutierten die institutionellen Reformzwänge, die sich aus der EU-Erweiterung ergeben, ebenso wie die ökonomischen und arbeitsmarktspezifischen Auswirkungen. Auch die Konsequenzen der EU-Erweiterung auf die EU-China-Beziehungen waren Gegenstand der Debatte. Das C•A•P und das Centre for European Studies der Renmin Universität werden ihre Kooperation auch in Zukunft mit gemeinsamen Projekten fortsetzen.



Werner Weidenfeld und die Gastdoktoranten Lei Jianfeng (li.) und Huang Xiaofang von der Renmin Universität Peking.

Spannende Kandidatenkür

von Mirela Isic

Ein Jahr vor den US-Präsidentenwahlen 2008 erscheint das Rennen um die Nominierung für das Präsidentenamt interessanter als je zuvor.



Die New Yorker Senatorin Hillary Clinton galt schon während der Präsidentschaft ihres Ehemanns Bill als mächtige Eminenz im Hintergrund. Für die Präsidentschaftswahlen 2008 ist sie derzeit Favoritin im Demokratischen Lager.

Foto: weshots.com

Während die Kandidaten seit Monaten versuchen, sich vor allem als finanziell gut aufgestellt zu präsentieren, kämpfen die amerikanischen Parteien um eine Neupositionierung in innen- und außenpolitischen Angelegenheiten des Landes. Die mediale und zudem auch öffentliche Diskreditierung der Politik in der letzten Amtszeit von Präsident George W. Bush macht das Rennen um das Präsidentenamt umso spannender. Immer neue Faktoren scheinen entscheidend für die Nominierung eines Kandidaten und die Wahl in das Weiße Haus. Während in früheren Wahlkämpfen beispielsweise das „fund raising“, also das Sammeln von Spenden für den Wahlkampf, keine derart übermächtige Rolle gespielt hat, werden die Chancen eines Kandidaten heute

hauptsächlich an der Geldsumme gemessen, die dieser für sich gewinnen kann.

Bei den Demokraten haben die Ex-First-Lady Hillary Clinton und ihr Gegenpart Barack Obama die größten Chancen, für das Präsidentenamt nominiert zu werden. Im republikanischen Lager kämpfen derzeit der ehemalige Bürgermeister New Yorks, Rudolph Giuliani, und Mitt Romney, ein Anhänger der mormonischen Kirche und somit umstrittener Bewerber, um die Aufstellung für die Wahl zum Präsidenten. Alle Kandidaten bemühen sich seit Monaten um Spenden, um die enorme finanzielle Last, die ein Präsidentschaftskandidat in der Wahlzeit tragen

muss, bewältigen zu können. Experten schätzen die Beträge, die ein Kandidat aufbringen sollte, auf 75 bis 100 Millionen US-Dollar.

Die amerikanische Bevöl-

kerung lässt sich jedoch nicht nur von der Kasse der Kandidaten begeistern. Themen wie die Zukunft der Irak- und Iranpolitik, aber auch innenpolitische Kernfragen wie die soziale Sicherheit oder der Klimaschutz bewegen die Öffentlichkeit. Daher müssen die Kandidaten mehr tun als nur finanziell für ihren Wahlkampf vorzusorgen. Nach der Wiederwahl von George W. Bush im Jahr 2004 war die amerikanische Nation nicht immer mit der Krisenbewältigungsstrategie ihres Präsidenten im Einklang. Folglich wird sie bei der nächsten Präsidentschaftswahl umso sensibler für die Kernprobleme des Landes sein und die Kandidaten auf ihre Fähigkeiten beim Umgang mit den Schwierigkeiten prüfen. Für die „presidential hopefuls“ bedeutet dies ein verstärktes Bemühen um Integrität bei wichtigen Themen, um von der Öffentlichkeit nicht als wankelmütig bezeichnet zu werden.

Im Januar 2008 wird die erste Vorwahl unter den Anwärtern getroffen, wenn im Bundesstaat Iowa im Rahmen der Caucuses die Parteimitglieder ihren jeweiligen Kandidaten küren. Das offizielle Rennen um den Einzug ins Weiße Haus wird damit eröffnet.

„Die amerikanische Bevölkerung lässt sich nicht nur von der Wahlkampfkasse der Kandidaten begeistern.“



Die Autorin ist Mitarbeiterin des Projekts „Improving Responsiveness“ am C•A•P.

cap.office@lrz.uni-muenchen.de

Transatlantischer Dialog

Mit neuen Regierungen in Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien wurde auf europäischer Seite der Auftakt zu einer Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen gegeben. Während die Bush-Administration in ihre zweite und letzte Amtsphase eingetreten ist, konzentrieren sich die Erwartungen auf beiden Seiten des Atlantiks bereits auf den Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen 2008. Es wird erwartet, dass dadurch die Weichen für eine zukünftige Europapolitik der USA neu gestellt werden.

Die transatlantische Führungsriege wird mit der andauernden Krise im Nahen und Mittleren Osten auf die Probe gestellt. Dieser Thematik widmete sich der diesjährige Editors' Roundtable des Programms „Improving Responsiveness“, der im Chatham House in London stattfand. Die Teilnehmer der transatlantischen Konferenz, zu denen die Herausgeber der wichtigsten europäischen und amerikanischen Zeitschriften der internationalen Politik zählen, diskutierten aus dem Blickwinkel auf Nahost zentrale Fragestellungen der transatlantischen Beziehungen und wie die transatlantischen Partner auf eine friedliche Lösung im Nahen Osten einwirken können.

Beim Konferenzdinner sprach der ehemalige stellvertretende UNO-Generalsekretär Sir Mark Malloch Brown über eine neue Weltordnung angesichts der heutigen globalen Herausforderungen. Den Abschluss der Konferenz bildete eine Einladung des deutschen Botschafters Wolfgang Ischinger in London. In einer Ansprache teilte der hochrangige Diplomat dabei seine Erfahrungen aus globalen Krisengebieten wie dem Balkan mit den Konferenzteilnehmern.

Weitere Informationen unter www.cap-lmu.de/transatlantic.



Neue Chancen für den transatlantischen Dialog? Das diskutierten in London unter anderem (v.l.) Josef Janning, Ron Asmus (Direktor German Marshall Fund, Brüssel), John Glenn (Direktor GMF Washington) und Gary Rosen (Leitender Redakteur bei „Commentary“).

Osteuropäische Nachbarschaft und die transatlantischen Beziehungen

Gemeinsam mit dem German Marshall Fund of the United States und der Heinrich-Böll-Stiftung lud das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) diesmal nach Kiew zum 16. Transatlantic Roundtable ein. Zwei Tage lang diskutierten über 50 Experten aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in Osteuropa vor dem Hintergrund der transatlantischen Beziehungen.

Zu Beginn der Konferenz standen vor allem die Entwicklungen in der Ukraine im Mittelpunkt der Diskussionen. Viele Experten bezeichneten die Ukraine als „Schlüssel“ zur zukünftigen Entwicklung in ganz Osteuropa. Weitere wichtige Punkte der spannenden Diskussionen waren die Rolle Russlands, die Westintegration der osteuropäischen Staaten, politische Überlegungen in Sachen Energiesicherheit sowie die Strategien der EU und der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Staaten in Osteuropa. Gerade für die EU sei es eine Zukunftsaufgabe, an den Beziehungen zu Russland noch intensiver zu arbeiten.

Weitere Informationen unter www.cap-lmu.de/transatlantic/topics/kyiv.php.



Wie sehen transatlantische Strategien im Hinblick auf Osteuropa aus? (v.l.) Kristina Notz (C•A•P), Pavol Demes und Constanze Stelzenmüller vom German Marshall Fund.

Nachwuchskräfte bei der SommerAkademie

Rund 40 junge Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Journalismus nahmen an der neunten Ausgabe der SommerAkademie Europa im Juni 2007 in der Akademie Schloss Krickenbeck teil und konnten eine erste Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ziehen.

„Wann ist im Europäischen Rat zum letzten Mal so eine Debatte geführt worden, wie wir sie jetzt hier führen?“ zeigte sich Martin Schulz, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, begeistert über die lebhafteste Debatte. „Die EU ist ein Staat“ so Schulz weiter und bezeichnete die Streichung der gemeinsamen Symbolik im neuen Vertrag als „irrwitzig“. Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hielt dagegen, eine europäische Identität werde nur langsam wachsen: „Die Bürger wollen noch die nationale Komponente.“



Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (oben) und Martin Schulz, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament (unten li.) diskutierten mit jungen Führungskräften bei der SommerAkademie Europa.

Statt einer kontroversen Suche nach einer gemeinsamen Seele solle sich ein „rationales Europa“ vielmehr „Tag für Tag in konkreten Projekten bewähren“. Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, beschrieb die Atmosphäre am Ende des deutschen EU-Vorsitzes als einen Moment, an dem „die Leute zum ersten Mal seit langer Zeit mit Europa und sich im Reinen sind“.

Weitere Informationen im Internet unter www.cap-lmu.de/aktuell/events/2007/sae.php.

Jugend- und Bildungsarbeit für Serbien

Mit der kommenden Ratspräsidentschaft Sloweniens und im Lichte der EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien setzt die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P einen Schwerpunkt ihrer Arbeit bei der Unterstützung der europapolitischen Jugend- und Bildungsarbeit im Nachbarland Serbien. Wie kann Jugendlichen vor Ort der Mehrwert der neuen Grenze mit der Europäischen Union vermittelt werden, welche Projekte sind förderlich, damit sie sich in Europa ebenso herzlich willkommen und nicht ausgeschlossen fühlen? Diesen und ähnlichen Fragen soll im Rahmen des Projekts „Europa im Wandel – Neue Nachbarschaften“ nachgegangen werden. Gefördert werden diese Aktivitäten im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Konkret sind in Kooperation mit der OSZE-Mission in Belgrad und dem Serbischen Parlament zwei Projekte zur (europa-) politischen Bildung ins Auge gefasst: ein EU-Jugendgipfel in der serbischen Nationalversammlung mit dem Titel „EU 4 U“ und die Entwicklung einer Parlamentssimulation für Jugendliche im Auftrag des Besucherdienstes der Nationalversammlung in Belgrad.



Mit ausgewählten Experten entwickelt die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P ein Planspiel im Auftrag der Belgrader Nationalversammlung.

Die vorletzte Etappe geschafft

von Sarah Seeger

Nach über sechs Jahren langwieriger Reformdiskussionen einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen in Lissabon auf ein neues Vertragswerk, mit dem die EU fit gemacht werden soll für die Zukunft. Die Kämpfe um Abstimmungsregeln, Abgeordneten-sitze und Ausstiegsklauseln haben damit (vorerst) ein Ende. Der „Vertrag von Lissabon“ muss nach der Unterzeichnung im Ratifikationsprozess die letzte Etappe bis zum geplanten Inkrafttreten im Januar 2009 bewältigen. Dem portugiesischen EU-Vorsitz gelang es, die präzise Vorarbeit der deutschen Ratspräsidentschaft in einen Änderungsvertrag zu übersetzen, der getragen wird von der Substanz des gescheiterten Verfassungsvertrags. Der Weg für die künftige Entwicklung ist damit vorgezeichnet: der Staatscharakter der Union wird u.a. durch die Stärkung des Europäischen Parlaments weiter ausgebaut, auch wenn staatsähnliche Symbolik wie Flagge oder Hymne im neuen Vertrag nicht zu finden sind. Gleichzeitig zeichnet sich eine differenzierte Integrationslogik ab: insbesondere Großbritannien hält sich die Hintertür aus einer weiteren Vertiefung der EU offen. Indes stärkt der Vertrag diejenigen Mechanismen, die integrationswilligen Staaten ein Voranschreiten auch ohne die Teilnahme aller 27 Mitglieder ermöglichen. Das C•A•P wird in der Tradition früherer Bände eine detaillierte Auswertung des Vertrags von Lissabon vornehmen. Im Fokus des von Werner Weidenfeld herausgegebenen Bandes stehen neben den inhaltlichen Bestimmungen des Lissabon-Vertrags insbesondere dessen Implikationen für die politische Zukunft der EU.

Weitere Informationen im Internet unter www.cap-lmu.de/publikationen/2007/CAP-Analyse-2007-13.php.



EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso (li.) und der amtierende EU-Ratspräsident, Portugals Premierminister José Sócrates, treten nach den erfolgreichen Gipfelgesprächen in Lissabon vor die Presse.

Foto: Rat der Europäischen Union

Neuer Politikmix für Europa

von Roman Maruhn

Nach der Reform ist vor der Reform. So lässt sich die Strategie der EU-Kommission wiedergeben, die mit ihrem Konsultationspapier die Diskussion über eine umfassende Überprüfung der EU-Finzen eröffnete. Allerdings geht die Kommissionsagenda über rein technische Anpassungen weit hinaus. Nach den schwierigen Verhandlungen um den Finanzrahmen 2007-2013 einigten sich Mitgliedstaaten und EU-Institutionen darauf, nicht nur den Britenrabatt und die Vollfinanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik zur Diskussion zu stellen, sondern alle Einnahmen und Ausgaben der EU nicht nur hinsichtlich Transparenz und Effizienz, sondern auch der Setzung politischer Prioritäten zu untersuchen. Bis zu den Europawahlen am 7. Juni 2009 sollte eine neue und zukunftsfähige Finanzarchitektur verabschiedet sein, die nicht nur der durch den Vertrag von Lissabon veränderten EU, sondern auch der größeren Mitsprache des Europäischen Parlaments und der Begreifbarkeit für die europäischen Bürger Rechnung tragen muss. Nicht umsonst stellt die Kommission die Überprüfung und Reform der Finanzen auf den ersten Platz ihres Arbeitsprogramms 2008, wird doch eine Modernisierung der EU über eine neue Finanzstruktur angestrebt.



Die Autoren sind Experten für Europapolitik am C•A•P.

sarah.seeger@lrz.uni-muenchen.de
roman.maruhn@lrz.uni-muenchen.de

Zuwanderung und Integration

Bildung ist der Schlüsselfaktor für demokratische Teilhabe und gelingende Integration. So lautete das Fazit des Austauschforums zum Thema „Zuwanderung und Integration als bildungspolitische Herausforderung“ der Forschungsgruppe Jugend und Europa. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend kam ein Fachkreis von Bildungsexperten zusammen, um konstruktive Ansätze zur nachhaltigen Förderung von Integration, besonders bei Jugendlichen, zu erarbeiten.



Eine Chance auf Integration besteht nur im Austausch: Prof. Dr. Rita Süssmuth zu Gast beim Austauschforum der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P.

Den Auftakt der Arbeitstagung bildete eine Veranstaltung im Münchner Rathaus mit Dr. Albert Schmid, dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und Cumali Naz, Vorsitzender des Ausländerbeirats der Landeshauptstadt München. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Christian Ude und moderiert von Eva Feldmann-Wojtachnia (Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P). Das Thema des Abends „Integration und demokratische Teilhabe – Wie definiert sich die Zuwanderungsgesellschaft?“ wurde am folgenden Tag in Arbeitsgruppen am C•A•P im Hinblick auf unterschiedliche Bildungs- und Integrationsstrategien vertieft und die Ergebnisse unter den Stichworten „Sprache und Orientierung“ sowie „Bildungserfolge und Monitoring“ mit Prof. Dr. Rita Süssmuth abschließend diskutiert. Sie unterstrich dabei, dass die Chance auf Problemlösung nur im Austausch liegen könne und lobte als ein gelungenes Beispiel für einen solchen Ansatz die Arbeitstagung der Forschungsgruppe Jugend und Europa.

Weitere Informationen und ein Interview mit Prof. Dr. Rita Süssmuth zum Thema ist im Internet unter www.cap-lmu.de/aktuell/events/2007/austauschforum.php abrufbar.

Expertise: Lernen durch Kreativität

Kinder können durch Kunst nicht nur ihre Kreativität und Ausdrucksfähigkeit stärken, sondern auch ihre sozialen Kompetenzen und ihre Persönlichkeit. Davon ist die Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland über-



Spielerisch lernen: Das MUS-E Programm wurde von der Akademie Führung & Kompetenz am C•A•P evaluiert.

zeugt und schickt seit 1999 im Rahmen des MUS-E Programms (Künstlerisches Programm für Schulen in Europa) Künstler aus den Bereichen Tanz, Theater, Musik und bildende Kunst in Grundschulen. Im Schuljahr 2006/2007 lief das Projekt – zum größten Teil gefördert durch das nordrhein-westfälische Ministerium für Bauen und Verkehr – an 122 Schulen und in 500 Klassen. Die Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland beauftragte die Akademie Führung & Kompetenz am C•A•P, mit wissenschaftlichen Methoden die Wirkung von MUS-E auf Schüler, Lehrkräfte und Schulklima näher zu untersuchen. In der Tat stellte sich heraus: Durch MUS-E wird bei den Schülern vor allem das Selbstbewusstsein und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt, die Lehrkräfte nehmen ihre Schüler anders wahr und können dadurch gezielter und individueller auf sie eingehen. Ein Ergebnis des

Gutachtens ist die Empfehlung, den Austausch zwischen Künstlern und Lehrkräften zu intensivieren, um die Wirkung von Kunst auf den pädagogischen Prozess nachhaltig zu verankern.

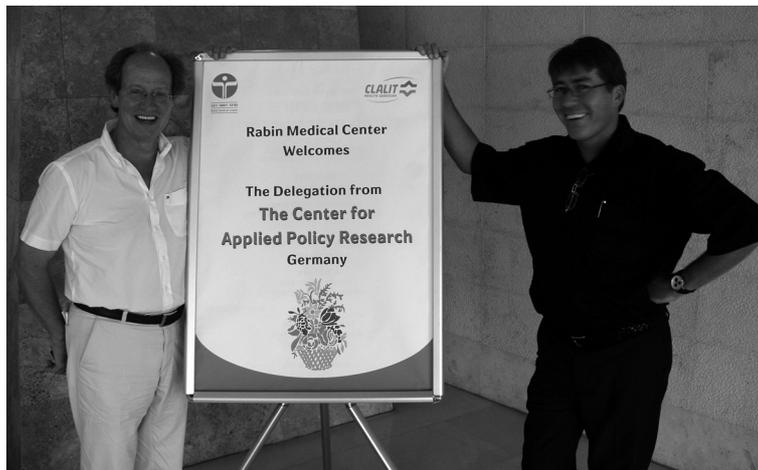
Telemedizin in Israel

Informations- und Kommunikationstechnologien sind aus der modernen Medizin nicht mehr wegzudenken, ihre Bedeutung für Diagnose und Therapie steigt stetig an. Zahlreiche Studien haben mittlerweile gezeigt, dass durch den Einsatz der Telemedizin die Qualität der medizinischen Betreuung signifikant erhöht, die Mortalitätsrate gesenkt und gleichzeitig die Behandlungskosten verringert werden können. Im internationalen Vergleich sind andere Länder hinsichtlich dieser Problematiken weiter bzw. im Gesundheitswesen strukturell anders aufgestellt als Deutschland. Im Rahmen des seit 2006 im Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) konstruierten Projektrahmens „Internationales C•A•P-Telemedizin Forum“ ist deshalb ein international formatiertes Benchmarking in zunehmender Weise sinnvoll. Vor diesem Hintergrund reiste eine Delegation des C•A•P nach Israel, das bereits heute eine relativ breite telemedizinische Versorgung realisiert.

Die Delegation versammelte Teilnehmer des Klinikums Coburg, Verantwortliche im bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und Politikwissenschaftler der Universitäten München und Jerusalem, um einen breiten und interdisziplinären Diskussionsansatz mit den Verantwortlichen in Israel zu gewährleisten. Hier standen Stationen bei dem Unternehmen SHL TeleMedicine Ltd, dem privatwirtschaftlich organisierten Klinikum Rabin Medical Center sowie dem öffentlichen Krankenhaus Sheba Medical Center auf dem Programm. Deutlich wurde, inwieweit Telemedizin in Israel bereits weitgehend flächendeckend funktioniert. Der Einsatz der Telemedizin ermöglicht es beispielsweise, den Zeitrahmen der Meldung von Infarkten oder Schlaganfällen nachhaltig zu verkürzen. Es erleichtert auch den medizinischen Alltag. Bereits heute ist der Behandlungsaufwand der Telemedizin in Israel statistisch gut belegt. So wickelt etwa SHL 1,2 Millionen Elektrokardiogramme pro Jahr mit einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von zehn Minuten durch den Einsatz von Modem oder Telefon ab.

Dies und auch die weiteren Gespräche in den Kliniken verdeutlichten jedoch, dass das israelische Gesundheitswesen mit seinen deutlich privatwirtschaftlichen Akzenten nicht ohne weiteres mit dem deutschen System verglichen werden kann. Insofern sind in Zukunft die Möglichkeiten der Telemedizin für das deutsche Gesundheitswesen landesspezifisch auszuloten. Hier stellt sich die Herausforderung, Krankenkassen, Ärzte und Kliniken zu vernetzen und in regionalen Projekten die Effizienz dieser zukunftssträchtigen Behandlungsform zu realisieren und Grundlagen für überregionale Vernetzung zu schaffen.

In diesem Sinne schließen sich bereits heute Kliniken in deutschen Landkreisen mit dem Ziel einer umfassenden kardiologischen Betreuung zu gemeinsamen Projekten in der Telemedizin zusammen – ein Trend, der Schule macht. Aufgrund der weiteren Fortschritte der Gesundheitstelematik und ihrer interessanten Entwicklungsperspektiven sind nun die kassenpolitischen und rechtlichen Aspekte der Telemedizin inhaltlich stärker zu integrieren, eine Konsequenz, die das kommende 3. Internationale C•A•P-Telemedizin Forum prägen wird.



Unternehmensberater Dr. Roland Delbos und C•A•P-Geschäftsführer Jürgen Turek im Rabin Medical Center in Tel Aviv.



WERNER WEIDENFELD/WOLFGANG WESSELS:
Jahrbuch der Europäischen Integration 2007.
 Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-3248-0, 542 Seiten, 49 Euro



TIL HUBER:
Das Potenzial europäischer Parteien am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Europas.
 Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-2800-1, 110 Seiten, 19 Euro



MICHAEL WEIGL:
Tschechen und Deutsche als Nachbarn.
 Baden-Baden 2007, ISBN 978-3-8329-3316-6, 280 Seiten, 49 Euro

Jahrbuch der Europäischen Integration

Das Jahrbuch der Europäischen Integration des Instituts für Europäische Politik dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist in 27 Jahren eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration 2007“ führt diese Tradition fort. In fast 80 Beiträgen zeichnen die Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2006/2007 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern. Themenschwerpunkte des Jahrbuchs 2007 bilden die deutsche EU-Präsidentschaft sowie die Debatte über den Reformvertrag.

Potenzial europäischer Parteien

Die gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden haben die Distanz zwischen der EU und seinen Bürgern verdeutlicht. Infolge dessen sind auch die europäischen Parteien stärker in das Blickfeld der Analysten geraten. Prozessbeobachter forderten – ganz im Sinne einer europäischen Identität – eine Stärkung politischer Mitwirkungsrechte. Umstritten bleibt jedoch, ob es den europäischen Parteien möglich ist, diesen Erwartungen aufgrund ihrer Struktur und ihres Selbstverständnisses gerecht zu werden. Til Huber beleuchtet in einer empirischen Untersuchung und anhand eines politikwissenschaftlichen Funktionsmodells von Parteien den aktuellen Leistungsstand der europäischen Parteien am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Huber kommt im 19. Band der Reihe „Münchener Beiträge zur europäischen Einigung“ zu dem Gesamtergebnis, dass eine demokratiefähige Parteienkonkurrenz auf europäischer Ebene bereits angelegt sei, allerdings verhinderten verschiedene innerparteiliche und institutionelle Gegebenheiten derzeit eine demokratiefördernde Wirkung. In Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit bietet dieser Band einen interessanten Beitrag zur Rolle und Bedeutung politischer Parteien auf europäischer Ebene.

Deutsche und Tschechen als Nachbarn

Grenzen trennen nicht nur, sondern schlagen auch Brücken zwischen Staaten, Menschen, Fremdbildern und Selbstverständnissen. Die Hoffnung, dass Grenzräume zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten derart zur Keimzelle des Erweiterungsprozesses werden würden, erfüllte sich jedoch kaum. Die ehemalige Frontstellung zu überwinden, erwies sich auch in den Regionen entlang der bayerisch-tschechischen Grenze schwieriger als anfangs angenommen. Von der viel beschworenen Lage im „Herzen Europas“ ist hier im Alltag oft nur wenig zu spüren. Warum dies auch 17 Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts noch so ist, stellt die zentrale Fragestellung der vorliegenden Studie „Tschechen und Deutsche als Nachbarn“ dar. Auf Grundlage von schriftlichen Quellen und qualitativen Interviews analysieren die Autoren Michael Weigl, Václav Houvika und Luká Novotný die regionale Identitätsarbeit in den Grenzregionen, die identitäre Einbettung des Anderen jenseits der Grenze sowie ihre Folgen für den grenzüberschreitenden Dialog. Dass Spuren der Geschichte viel subtiler auf regionale Identitäten wie interkulturelle Kontakte einwirken, als vielfach angenommen, ist dabei eines der zentralen Ergebnisse der Studie.

Reformen kommunizieren

Das dramatische Wachstum der PR-Stäbe der Ministerien führt nicht per se zu einer erfolgreicherer Politikvermittlung. Denn trotz besserer Ausstattung weist die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und insbesondere die Vermittlung notwendiger Reformen in Deutschland nach wie vor Defizite auf. Zu dieser Einschätzung kommt die Studie der Bertelsmann Stiftung „Reformen kommunizieren - Herausforderung an die Politik“, herausgegeben von Prof. Dr. Werner Weidenfeld. So sei es auch der Großen Koalition beispielsweise bei der Gesundheitsreform nicht gelungen, ihre Kernanliegen so zu vermitteln, dass sie von einer Mehrheit der Bürger akzeptiert würden. Damit zeige sich bei der Regierung von Angela Merkel eine ähnliche Schwäche wie bei der Reformpolitik ihres Vorgängers. Dass daraus ein grundlegendes Problem entstehen kann, belegen Umfragen zum nachlassenden Vertrauen der Bürger in die parlamentarische Demokratie und ihre Institutionen. Diese Defizite können weniger durch eine quantitative Vermehrung der Personalstellen für PR-Mitarbeiter überwunden werden, sondern vielmehr durch eine wirklich strategische Konzeption der politischen Kommunikation.



WERNER WEIDENFELD (HRSG.):
Reformen kommunizieren - Herausforderungen an die Politik.

Gütersloh 2007, ISBN 978-3-89204-910-4, 258 Seiten, 25 Euro

Jugendparlament zur EU-Erweiterung

In der vorliegenden Publikation werden der Ablauf und die Ergebnisse des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung dokumentiert, das vom 30. März bis 1. April im Bayerischen Landtag unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Alois Glück stattfand. Rund 90 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 21 Jahren hatten die Gelegenheit, über die aktuelle EU-Politik und die Erweiterung zu diskutieren, einen gemeinsamen Standpunkt zu entwickeln und ihre Positionen an politische Entscheidungsträger auf bayerischer, nationaler und EU-Ebene weiterzugeben. Die Veranstaltung wurde im Auftrag der Vertretung der Europäischen Kommission und des Bayerischen Landtags von der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P durchgeführt.



FORSCHUNGSGRUPPE JUGEND UND
EUROPA:

Jugendparlament zur EU-Erweiterung.

PDF-Download unter www.fgje.de

Auftakt zu einer neuen Publikationsreihe

Die wissenschaftliche Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) wird in einer neuen Schriftenreihe dokumentiert: Die „Münchener Beiträge zur politischen Systemforschung“ sollen der Diskussion um aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der politischen Systeme in Deutschland und anderen Demokratien Impulse geben. Die Reihe umfasst ein breites Spektrum von Themen, da sie Fragen des Regierungshandelns und der Staatstätigkeit ebenso behandelt wie Gegenstände der Wahl-, Parteien- und politischen Kulturforschung sowie der politischen Kommunikation. Den Auftakt der Reihe bildet der Band von Robert Kaiser, Privatdozent an der LMU München, zum Thema staatlicher Innovationspolitik. Kaiser untersucht in international vergleichender Perspektive die spezifischen Profile von Innovationssystemen in Deutschland, der Schweiz und den USA. So gelingt es ihm zu verdeutlichen, dass Innovationsfähigkeit in hoch entwickelten Industrienationen von einer Vielzahl institutioneller wie organisatorischer Faktoren abhängig ist. Weitere Bände der „Münchener Beiträge zur politischen Systemforschung“ sind bereits in Planung: zu innovativen Kampagnenstrategien im italienischen Wahlkampf 2006 von Sophie Burkhardt (Bd. 2), zu den Perspektiven schwarz-grüner Koalitionen am Beispiel Nordrhein-Westfalens von Katharina Ober (Bd. 3) und zu den Politik- und Handlungsfeldern der Reformpolitik in Deutschland von Uwe Wagschal (Bd. 4).



ROBERT KAISER:
Innovationspolitik.

Baden-Baden 2008, ISBN 978-3-8329-3236-7, 295 Seiten, 49 Euro

10. - 12. Januar, Bad Bevensen: Jahrestagung der Akademie Führung & Kompetenz in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung und dem Gustav-Stresemann-Institut. Mehr Informationen unter www.cap-akademie.de.

17. - 19. Januar, Kronberg: XI. Kronberger Nahostgespräche.

14. - 15. Februar, Paris: Tagung zur Zukunft des Parteiensystems in Deutschland und Frankreich, ein Kooperationsprojekt der Forschungsgruppe Deutschland und des Institut français des relations internationales.

April 2008, Philadelphia: Editors Roundtable des Projekts „Improving Responsiveness“ in Zusammenarbeit mit dem German Marshall Fund.

Gemeinsam mit seinen Partnern hat das C•A•P 2007 wieder vieles erreicht. Dies wünschen wir uns auch für das kommende Jahr. Für heute bleibt, allen Partnern für ihre freundliche Kooperation, tatkräftige Hilfe und gute Mitarbeit recht herzlich zu danken. In diesem Sinne wünscht das C•A•P Ihnen allen ein gutes neues Jahr.

C•A•PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap-lmu.de
V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek
Redaktion und Layout: Sebastian B. Beck
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,
Roman Maruhn, Sebastian B. Beck
Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,
80798 München

Rechtsextremismus on the spot

von Britta Schellenberg

Wer im Internet über Muslime recherchiert, erkennt schnell die Stoßrichtung aktueller Debatten. Gibt man bei Seiten wie www.google-news.de das Wort „Muslime“ ein, finden sich unter den ersten, also „treffensten“, Nachrichten Titel wie „sind Muslime demokratieresistent“ oder „wie junge Muslime zu Terroristen werden“. Angstschürende und hassmotivierte Diskurse über den Islam und Muslime, aber auch über Juden haben in der letzten Zeit drastisch zugenommen. Zu diesem Ergebnis kommt auch ein Ende September von der OSZE veröffentlichter Bericht. Besonders charakteristisch sei, so die OSZE, dass Feindseligkeiten gegenüber Muslimen und Juden häufig in Zusammenhang mit Entwicklungen internationaler Politik gestellt werden.

Dass das Klima gegenüber Moslems und Juden feindseliger wird, spiegelt sich auch in der Zunahme der Gewalttaten wieder. Deutschland gilt als ein Land, in dem fremdenfeindliche Gewalt eine besorgniserregende Größenordnung erreicht hat (2007: 1047 rechtsextreme, fremdenfeindliche oder antisemitische Gewalttaten). Der Umgang mit dem Phänomen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus variiert europaweit erheblich. Relevante Daten, die Auskunft über die Verbreitung der Phänomene geben könnten, werden jedoch nicht zuverlässig erfasst.

Tatsächlich kann der international- oder europäisch-vergleichende Blick nicht nur nationale Debatten bereichern. Er ist auch Ausgangsbasis für wegweisende Vereinbarungen, wenn diese in nationales Recht umgesetzt

„Alle Initiativen müssen besser koordiniert und praxisorientiert weiterentwickelt werden.“

werden. Etwa das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das als Folge der EU-Richtlinie 2000/43/EG ein umfassendes Antidiskriminierungsrecht in Deutschland schafft.

Der „Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ bietet einen Überblick, wie in Deutschland aktuell mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus umgegangen wird. Tatsächlich entstand weniger ein Plan, eher ein Bericht, der ungewollt die Spannung zwischen bundesrepublikanischer Tradition der Extremismusbekämpfung im Geist der wehrhaften Demokratie und dem europäisch stärker ausgeprägten Fokus auf Diskriminierungsschutz verdeutlicht.

Initiativen der Legislative und das stärkere Problembewusstsein der (Bundes-)Politik sind zu begrüßen. Sie führen aber – das beweist die Gewalt täglich wieder – nicht ohne weiteres zum Ziel. Es wäre nun in einem nächsten Schritt wichtig, nicht nur über die verschiedenen Initiativen zu berichten, sondern ein plausibles und vielschichtiges Konzept zu entwickeln, das noch stärker durch Beispiele guter Praxis gestützt wird. Von hier aus müssten die bestehenden Initiativen zusammengehalten, koordiniert und entsprechend weiterentwickelt werden. Unklar bleibt – und auch das zeigt der Nationale Aktionsplan – wie das Thema ‚Islamfeindschaft, sowie Diskurse der ‚Migranten-Integration‘ und ‚Ausländer-Kriminalität‘ sinnvoll in ein solches Konzept aufgenommen werden könnten.



Die Autorin ist am C•A•P
Expertin für Strategien
gegen Rechtsextremismus.

britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de